

Volk soll über schwarze Liste befinden

SVP-Landrat Urs-Peter Moos will Initiative zu unbezahlten Krankenkassenprämien starten

Von Stefan Gyr

Liestal. Die SVP will im Baselbiet Listen mit säumigen Zahlern von Krankenkassenprämien einführen. Wenn der Landrat ihren Antrag erneut ablehnt, will der Binninger SVP-Landrat Urs-Peter Moos eine Volksinitiative für eine schwarze Liste starten.

Trotz Betreibung und Leistungsstopp zahlen immer mehr Versicherte ihre Krankenkassenprämien nicht, weil sie nicht können oder nicht wollen. 2009 verzeichnete der Branchenverband Santésuisse in der ganzen Schweiz 400 000 Betreibungen. In 150 000 Fällen wurde ein Leistungsaufschub verfügt. 2012 soll sich das ändern: Das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG) verbietet den Leistungsstopp. Die Krankenversicherer übernehmen alle offenen Spital-, Arzt- und Medikamentenrechnungen der säumigen Zahler. Die Kantone sollen dafür den Krankenversicherern 85 Prozent der nicht bezahlten Prämien

abnehmen. Allein dem Kanton Baselstadt wird die neue Regelung jährliche Mehrausgaben von rund 15,5 Millionen Franken bescheren.

Die Umsetzung wird vom Bund zwingend vorgeschrieben und ist im Baselbiet unbestritten. Im Landrat scheiden sich aber die Geister an der Frage, ob mit dem KVG-Einführungsgesetz eine schwarze Liste eingerichtet werden soll. Die Namen der säumigen Prämienzahler würden damit den Spitälern und Ärzten zugänglich gemacht. Diese Personen hätten dann nur noch das Recht auf Notfallbehandlungen.

Mitte-Block stimmt dagegen

Der Landrat hat bei der ersten Lesung des geänderten Gesetzes vor knapp einem Monat die Einführung einer schwarzen Liste mit 43 zu 34 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. Dafür stimmten die SVP und die FDP, dagegen die SP, die Grünen und der Mitte-Block aus CVP, EVP, BDP und GLP. Am kom-

menden Donnerstag steht im Kantonsparlament die zweite Lesung und damit die Entscheidung an. Wenn der Landrat sich auch diesmal gegen eine schwarze Liste ausspricht, wird die SVP-Fraktion voraussichtlich die Zustimmung zur Gesetzesrevision verweigern. Die Folge: Die Vierfünftelmehrheit würde verfehlt, und die Vorlage müsste dem Volk unterbreitet werden.

Weil es in dieser Abstimmung nicht über die Einführung einer schwarzen Liste entscheiden könnte, wird der SVP-Landrat Urs-Peter Moos zusätzlich eine Volksinitiative lancieren, wie er gestern ankündigte. Das Stimmvolk würde dann zweimal an die Urne gerufen. Die bessere Lösung wäre es, wenn der Landrat dem SVP-Antrag folgen und die schwarze Liste in das Einführungsgesetz aufnehmen könnte, erklärt Moos.

Dann könnte das Volk rasch über das Gesetz mit der schwarzen Liste befinden. Denn die Vierfünftelmehrheit würde wohl auch in diesem Fall nicht

erreicht, weil die linken Fraktionen der Vorlage ihren Segen verweigern dürften. Moos ruft die Mitteparteien auf, ihre Position zu überdenken. Es gehe um einen Beitrag zur Entlastung des Kantons Baselland, der mit dem Rücken zur Wand stehe. Auch wenn die Mitteparteien eine schwarze Liste nach wie vor ablehnten, könnten sie zu einem Volksentscheid auf direktem Weg Hand bieten, sagt Moos.

Bürokratie würde nicht abgebaut

Wie sie sich zu seinem Vorstoss stellen, ist noch offen. Die Gegner geben zu bedenken, es werde nicht zwischen Zahlungsunfähigen und Zahlungswilligen unterschieden, und es sei auch nicht immer klar, wann es sich um einen Notfall handelt und wann nicht. Zudem stelle sich die Frage, ob sich der administrative Aufwand lohnt. Regierungsrat Adrian Ballmer (FDP) sagte im Landrat: «Eine Massnahme zum Bürokratieabbau wäre das sicher nicht.»

«Keine Kritik an meiner Person»

Buser ist für Gespräche bereit

Von Alessandra Paone



Christoph Buser.

Liestal. Eigentlich hätte der 19. Oktober ein grosser Tag werden sollen für Christoph Buser. Denn geplant war, dass der designierte Direktor der Baselder Wirtschaftskammer an der ursprünglich auf morgen angesetzten Delegiertenversammlung auf den Thron gehoben wird. Stattdessen musste der 40-Jährige in seinen Amerika-Ferien erfahren, dass seine Wahl wegen acht renitenter Berufs- und Gewerbeverbände auf den 12. Dezember verschoben wird. Buser nimmt auf Anfrage der BaZ erstmals Stellung zu den Ereignissen.

«Ich habe den Widerstand der Verbände nie als Kritik an meiner Person verstanden, sondern als Unzufriedenheit mit der kurzen Vorlaufzeit vor der Delegiertenversammlung», sagt Buser. Der Füllinsdörfer FDP-Landrat schliesst deshalb auch aus, dass der Aufstand politisch bedingt gewesen sei. Dass sich seine Beförderung nun etwas hinauszögert, stört ihn nicht weiter. Denn Nachdirektor Hans Rudolf Gysin sei ja voraussichtlich bis zum Sommer 2012 im Amt. Ausserdem hätten die Verbände letzte Woche bei der Aussprache mit dem Zentralvorstand der Wirtschaftskammer versprochen, seine Wahl an der kommenden Delegiertenversammlung zu unterstützen (die BaZ berichtete).

Buser wird in den kommenden Wochen auf Wunsch die Mitgliederversammlungen der Verbände besuchen und sich vorstellen. «Da ich schon seit gut zehn Jahren bei der Wirtschaftskammer arbeite, war nicht klar, inwiefern die Mitglieder noch eine Vorstellung wünschen», so Buser. Aber wenn es wirklich ihr Wunsch sei, vor der Wahl noch mit ihm reden zu können, werde er dieser Forderung gerne entsprechen. Die Verbände hatten dem Zentralvorstand der Wirtschaftskammer unter anderem vorgeworfen, sie bei wichtigen Entscheidungen nicht einzubeziehen.

Polizei warnt vor «Polizisten»

Dreiste Betrüger stehlen einer Automobilistin Geldbetrag

Von Daniel Ballmer

Pratteln. «Im Ausland würden sich die meisten von uns wohl auch brav kontrollieren lassen, ohne Fragen zu stellen», kommentiert Polizeisprecher Meinrad Stöcklin. In diesem Fall aber handelte es sich bei den vermeintlichen Polizisten nicht um Freunde und Helfer. Zwei Männer haben am Samstagabend auf der A2-Raststätte Pratteln eine Frau um einen hohen Geldbetrag betrogen.

Die 37-Jährige schien nichts Böses geahnt zu haben, als sie mit ihrem PW mit tschechischen Nummernschildern von einem dunkelfarbigen Audi angehalten worden war. Der Wagen hatte an der Heckscheibe integrierte blaue und rote Leuchten. Daraus entstieg zwei Männer in schwarzer Kleidung mit der Aufschrift «Polizei». Einer soll eine Polizeimarke vorgewiesen haben. Nach einer Durchsicherung des Wagens konnte die Frau ihre Fahrt in Richtung Basel fortsetzen.

Erst beim Grenzübergang Basel-Autobahn merkte die Frau, dass ihr die falschen Polizisten aus ihrer Handtasche auf dem Beifahrersitz offenbar einen grösseren vierstelligen Geldbetrag gestohlen hatten. Die alarmierten Grenzwächter zogen die Baselder Polizei zu. «Wir haben keinen Anhaltspunkt, dass die Angaben der Frau nicht stimmen könnten», sagt Polizeisprecher Stöcklin.

Die Fahndung nach den beiden falschen Polizisten ist bisher ergebnislos verlaufen. Weitere Abklärungen seien im Gang. «So hat sich etwa gezeigt, dass vor wenigen Tagen im Kanton Zürich vergleichbare Fälle registriert worden sind», sagt Stöcklin. Die Polizei sucht Zeugen und bittet um erhöhte Aufmerksamkeit.

Nachrichten

Heftige Kollision in Autobahntunnel

Muttenz. Am Montagmorgen prallten im Tunnel Schweizerhalle ein Lastwagen und ein Auto seitlich zusammen. Der 31-jährige Lastwagenfahrer wollte von der mittleren Fahrspur auf den Normalstreifen wechseln und übersah dabei den auf gleicher Höhe fahrenden Personenwagen. Dessen 30-jährige Lenkerin verlor die Kontrolle und prallte mit ihrem Auto in die Tunnelmauer. Sie blieb unverletzt und kam mit dem Schrecken davon, an der Autobahneinrichtung entstand aber beträchtlicher Sachschaden.

Polizei erwischt vier Temposünder

Kaisten/Eiken. Die Kantonspolizei Aargau richtete am Wochenende im Fricktal mobile Messstationen ein. Dabei gingen ihr vier Temposünder ins Netz. Am Sonntag war ein Auto auf der Rheinfelderstrasse bei Kaisten mit 122 statt der erlaubten 80 Stundenkilometer unterwegs. Der 62-jährige Lenker musste den Führerschein auf der Stelle abgeben. Zwei weitere Autofahrer waren mit 114 beziehungsweise 119 km/h unterwegs. Sie durften zwar weiterfahren, müssen jedoch mit einem späteren Führerausweiszug rechnen. Am Sonntagmorgen erwischte die Polizei auf der Hauptstrasse beim Hardwald in Eiken einen 49-jährigen Schweizer, der mit 139 km/h unterwegs war. Auch er musste den Führerschein auf der Stelle abgeben.

Unterkühlt und betrunken aufgefundene

Rheinfelden (D). Am Sonntag gegen 2 Uhr in der Früh meldete ein Passant, dass eine stark betrunkene Person in einem Warthäuschen bei der Bushaltestelle in der Kapfbühlstrasse liege. Die Polizei fand einen 50-Jährigen, dessen Hände schon blau vor Kälte waren und der zu betrunken war, um sich auf den Heimweg zu begeben. Er musste die Nacht in der Aussenwächterzelle verbringen.

Gemeinderat lehnt Sparpaket ab

Rothenfluh. Auch die Gemeinde Rothenfluh will nichts vom Sparpaket des Regierungsrats wissen. Man habe sich in der Vernehmlassung dem Verband Baselder Gemeinden angeschlossen und lehne die Vorlage ab, teilt der Gemeinderat mit. Das Sparpaket sei eine Verlagerungsübung zulasten der Gemeinden und der Steuerzahler. Der Gemeinderat unterstützt ausserdem eine von 30 Einwohnern eingereichte Motion, welche sich gegen die Angebotsreduktion bei den Postautolinien in den Randregionen einsetzt. Die Reduktion stelle für die Gemeinde eine Verringerung der Standortattraktivität dar.

Der Fünfer und das Schlössli

Chancen sind gross, dass Wildenstein und Bottmingen beim Kanton bleiben



Teurer Unterhalt. Bald könnte eine Stiftung für die laufenden Kosten des Schlosses Bottmingen aufkommen. Foto Kostas Marof

Von Dina Sambar

Liestal. Der Kanton wollte die Schlösser Wildenstein und Bottmingen verkaufen, um nicht mehr für die Unterhaltskosten von jährlich 642 000 Franken aufkommen zu müssen. Nun zeichnet sich ab, dass sich dieses Ziel auch ohne Verkauf erreichen lässt.

Letzte Woche wurde bekannt, dass die Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) den Kanton bei Schloss Wildenstein unterstützen will. Im Fall Bottmingen hat die jetzige Pächterin des dortigen Gourmet-Restaurants, die Berest AG ihre Hilfe angeboten (siehe BaZ vom Freitag). Laut Gerhard Lächli, Leiter des Amtes für Liegenschaftsverkehr, haben Stiftungslösungen eine hohe Priorität und sind mittlerweile auch recht wahrscheinlich. Um den Unterhalt von Wildenstein würde sich im Idealfall eine Stiftung kümmern, bei der sich die BLKB in irgendeiner Form beteiligt. Bei Schloss Bottmingen wären die Berest AG und die Gemeinde Bottmingen mit von der Partie, hofft Lächli. «Ich denke, dass die lokale Stiftungsvariante bei beiden Schlössern zustande kommt, wenn auch der Landrat dahintersteht», so der Leiter des Amtes für Liegenschaftsverkehr.

Die Schlösser wären so weiterhin für die Öffentlichkeit zugänglich. Wenn die Gebäude in Kantonsbesitz bleiben, gibt es aber keinen Verkaufserlös, den man beim Sparpaket einsetzen könnte. Für Lächli kein Problem: «Priorität

hatte sowieso immer eine Entlastung durch das Wegfallen der Unterhaltskosten.»

Die Gemeinde sei bis jetzt noch nicht angefragt worden, ob sie sich an einer Stiftung beteiligen wolle, sagt die Bottminger Gemeindepräsidentin Anne Merkofer. Auch von der Rolle der Berest AG habe sie durch die Medien erfahren. Der Gemeinde könne es natürlich nicht egal sein, wer der Besitzer des Bottminger Schlosses sei. «Ich persönlich könnte mir eine Stiftungsvariante, bei der



Hilfe von der Bank. Die BLKB will dem Kanton beim Schloss Wildenstein unter die Arme greifen. Foto Henry Muchenberger

wir uns beteiligen, schon vorstellen. Allerdings muss so was im Gemeinderat besprochen werden», so Merkofer. Bevor dies geschehe, warte man aber die Vorschläge der Regierung ab. Klar sei aber, dass Bottmingen das Schloss nicht kaufen könne: «Diese Information einer Sonntagszeitung war eine Ente.»

Öffentliche Zugänglichkeit als Ziel

Auch Hans Rudolf Tschopp findet die Stiftungsvariante eine gute Idee. Der ehemalige Baselder Liegenschaftsverwalter und Präsident der «Freunde von Schloss Wildenstein» hat sich mit einer Petition gegen den Verkauf der Schlösser stark gemacht. «Unser Ziel ist es, dass die Schlösser öffentlich zugänglich bleiben. Wenn dies, gestützt auf eine Stiftungsurkunde, gewährleistet ist, spielt es keine so grosse Rolle, wer der Besitzer ist», sagt Tschopp. Allerdings kenne er die Details der Verhandlungen zwischen der BLKB und der Regierung nicht. Deshalb sei es zu früh für eine Einschätzung. «Wenn zum Beispiel der Preis für eine Schlossbesichtigung unverhältnismässig hoch wird, wäre das auch eine starke Einschränkung und nicht gut», so Tschopp.

Eine Zusammenarbeit mit einer Stiftung könnte sich Tschopp vorstellen. Allerdings wäre diese nicht finanzieller Natur: «Unser Verein hat leider keine Millionen. Wir benötigen unser Kapital für die kulturellen Anlässe im Schloss und für Verbesserungen im Gebäude.»